



kibesuisse

# Empfehlungen von kibesuisse

**6. September 2024**  
**Herbstsession 2024**





## Empfehlungen auf einen Blick

### Nationalrat

Datum	Nr.	Geschäftstyp	Empfehlung
Mittwoch, 11. September	23.478	Pa. Iv. WBK-S	
<b>Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2026</b>			
Gemäss der parlamentarischen Initiative sollen die Bundesbeiträge an die familienergänzende Bildung und Betreuung bis Ende 2026 verlängert werden. kibesuisse befürwortet dieses Anliegen. Zum einen wird mit dem Verpflichtungskredit von 50 Millionen Franken die Finanzierung sichergestellt, die andernfalls Ende 2024 auslaufen würde. Zum anderen gewinnen Kindertagesstätten, schulergänzende Tagesstrukturen und Tagesfamilienorganisationen Planungssicherheit. Im gleichen Zug verlangt kibesuisse, die Beratung des Bundesgesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung voranzutreiben. Angesichts der ernsten Lage ist eine definitive Gesetzeslösung dringend notwendig.			
Mittwoch, 11. September	23.4191 bis 23.4196 24.3472	Motionen Postulat RK-N	
<b>Schutzkonzepte zur Prävention von Missbrauch bei Organisationen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten / Sexueller Missbrauch in Organisationen mit einem Auftrag in der Betreuung von vulnerablen Personen in der Schweiz</b>			
Die fünf gleichlautenden Motionen zielen darauf ab, die Prävention von Grenzverletzungen in Institutionen zu stärken, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. kibesuisse unterstützt diese Vorstösse im Einklang mit seinen Leitlinien, die den Organisationen der familienergänzenden Bildung und Betreuung helfen, einen Verhaltenskodex zur Prävention von Grenzverletzungen zu erarbeiten.			
Ergänzung zur Tagesordnung	23.3650	Motion Prelicz-Huber	
<b>Systemrelevante «Frauenberufe» endlich aufwerten!</b>			
Die Motion fordert, die systemrelevanten Berufe der familienergänzenden Bildung und Betreuung aufzuwerten. Dafür reicht es aber nicht aus, einzig die Löhne zu erhöhen. Genauso wichtig ist es, die aktuell schwierigen Arbeitsbedingungen zu verbessern. kibesuisse unterstützt deshalb den Vorstoss.			



## Ständerat

Mittwoch, 18. September 24.043

Geschäft Bundesrat

### Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz. Änderung

Mit Änderungen in verschiedenen Gesetzen will der Bundesrat den angeblichen Unterbestand in Zivilschutzorganisationen bekämpfen. kibesuisse lehnt es entschieden ab, Zivildienstpflichtige für Einsätze im Zivilschutz zu verpflichten. Damit würden nicht nur beide Dienstpflichtformen vermischt, sondern die Zivis würden auch für die Einsätze in den Organisationen der familienergänzenden Bildung und Betreuung fehlen.



## Erläuterungen zu den einzelnen Geschäften

### Nationalrat

Mittwoch, 11. September 23.478

Pa. Iv. WBK-S

### Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2026

Die parlamentarische Initiative der ständerätlichen Bildungskommission (WBK-S) fordert, das Impulsprogramm zur Förderung der familienergänzenden Bildung und Betreuung bis Ende 2026 zu verlängern. Die Massnahmen des Programms umfassen finanzielle Unterstützung für die Schaffung neuer Betreuungs- und Bildungsangebote, die speziell auf die Bedürfnisse von Familien zugeschnitten sind. Da diese Bundesbeiträge Ende 2024 auslaufen, will die Initiative die Finanzierung weiterhin sicherstellen, während das Bundesgesetz über die familienergänzende Betreuung (UKibeG) beraten wird.

Aktuell hat die WBK-S die Ergebnisse der im Juni abgeschlossenen Vernehmlassung zu den Anträgen, welche sie als Alternative zum ursprünglichen Entwurf ihrer Schwesterkommission zur Umsetzung des UKibeG vorgeschlagen hatte, zur Kenntnis genommen. Die Kommission wird die Detailberatung zur Vorlage erst im vierten Quartal durchführen. Während also die gesetzliche Nachfolgelösung nach wie vor nicht erarbeitet ist, bleibt die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Angeboten der familienergänzenden Bildung und Betreuung hoch. Der Ständerat hat sich in der Sommersession mit 25 zu 14 Stimmen für den Verpflichtungskredit von 50 Millionen Franken ausgesprochen, der eine kontinuierliche Finanzierung bis spätestens Ende 2026 sichern soll. Auch die nationalrätliche Bildungskommission (WBK-N) hat mit 16 zu 9 Stimmen einen entsprechenden Antrag angenommen.

kibesuisse unterstützt diese Verlängerung der Bundesbeiträge, da sie den Organisationen der familienergänzenden Bildung und Betreuung Planungssicherheit gibt. Gleichwohl fordert der Verband alle Beteiligten dazu auf, die Behandlung und Beratung des UKibeG voranzutreiben. Es braucht unverzüglich eine definitive gesetzliche Lösung, welche die Perspektive und das Wohl des Kindes aufnimmt, die dringenden Bedürfnisse der Branche berücksichtigt und die Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten, schulergänzenden Tagesstrukturen und Tagesfamilienorganisationen unterstützt. Nur so kann die familienergänzende Bildung und Betreuung in der Schweiz nachhaltig gesichert werden.

Aktuell ist die Lage einfach zu ernst. Wie eine Umfrage von kibesuisse ergeben hat, schreibt jede dritte Kita Verluste (vgl. [Medienmitteilung vom 7. Dezember 2023](#)). Und auch die Eltern können sich heute die familienergänzende Bildung und Betreuung ihrer Kinder häufig nicht mehr leisten. Der Anteil von Familien, die keine familienergänzende Bildung und Betreuung in Anspruch nehmen, ist von 37 auf 50 Prozent angestiegen (vgl. [Medienmitteilung zum Schweizer Familienbarometer vom 14. März 2024](#)). Deshalb ist es schlichtweg keine tragfähige Strategie, eine dauerhafte Lösung ständig zu verschieben.



→ kibesuisse empfiehlt, dem Ständerat und dem Antrag der Mehrheit der WBK-N zu folgen und die Pa. Iv. 23.478 anzunehmen.

---

Mittwoch, 11. September

[23.4191 bis 23.4196](#)  
[24.3472](#)

Motionen  
Postulat RK-N



### **Schutzkonzepte zur Prävention von Missbrauch bei Organisationen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten / Sexueller Missbrauch in Organisationen mit einem Auftrag in der Betreuung von vulnerablen Personen in der Schweiz**

Die gleichlautenden Motionen [23.4191](#) bis [23.4196](#) fordern die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen sowie einen Massnahmenplan, um die Prävention von Grenzverletzungen zu stärken. Konkret sollen Organisationen wie Schulen oder Vereine, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, standardisierte und verbindliche Schutzkonzepte zur Prävention von sexuellem, physischem und psychischem Missbrauch einführen und anwenden.

kibesuisse unterstützt dezidiert diese Vorstösse. Der Verband hat gemeinsam mit der Fachstelle Limita [Leitlinien](#) erstellt. Diese sollen den Organisationen der familienergänzenden Bildung und Betreuung helfen, einen Verhaltenskodex zur Prävention von physischen, psychischen und sexuellen Grenzverletzungen zu erarbeiten. Die Leitlinien betonen die enorme Wichtigkeit, bereits kleinere Grenzverletzungen frühzeitig zu erkennen und zu unterbinden, um grössere Übergriffe zu verhindern. Im Dokument sind verschiedene Beispiele für Verhaltensregeln in potenziell heiklen Situationen aufgeführt, unter anderem in Bezug auf Berührung, Körperpflege oder Baden. Für solche heiklen Situationen sind die Verhaltensregeln in der täglichen Arbeit wichtig: Sie schaffen einen klaren Rahmen, in dem sich die Mitarbeitenden sicherer bewegen und die Integrität der Kinder geschützt wird. Allfällige Grenzüberschreitungen können somit frühzeitig erkannt und angesprochen werden.

Prävention muss auf allen Ebenen erfolgen, sowohl im individuellen Verhalten der Betreuungspersonen als auch in der Struktur der Institutionen. Ein umfassender Verhaltenskodex, der durch regelmässige Schulungen und Supervisionen ergänzt wird, ist dabei unerlässlich. Darüber hinaus unterstützt kibesuisse die Motionen in dem Bestreben, institutionelle Regelungen zu fördern, die klare Handlungsanweisungen bieten und so das Risiko von Grenzverletzungen minimieren. Dadurch wird das Vertrauen in die Organisationen der familienergänzenden Bildung und Betreuung gestärkt und ein Beitrag zu einem sicheren und förderlichen Umfeld für Kinder und Jugendliche geleistet.

Sollten die Motionen abgelehnt werden, dann unterstützt kibesuisse die Annahme des Postulats der nationalrätlichen Rechtskommission [24.3472](#), um den gesetzgeberischen Handlungsbedarf in dieser Frage zu ermitteln.

→ kibesuisse empfiehlt, die Motionen anzunehmen. Sollte der Nationalrat dennoch die Vorstösse ablehnen, dann empfiehlt der Verband, dem Bundesrat zu folgen und das Postulat der nationalrätlichen Rechtskommission anzunehmen.

---

Ergänzung zur Tagesordnung [23.3650](#)

Motion Prelicz-Huber



### **Systemrelevante «Frauenberufe» endlich aufwerten!**

Die Motion bezweckt, die Arbeitsbedingungen in einer sogenannten Frauenbranche wie der familienergänzenden Bildung und Betreuung aufzuwerten. Zudem gilt immer noch, was während der Coronapandemie vom Bundesrat erklärt wurde: Die Organisationen der familienergänzenden Bildung und Betreuung wie Kitas, schulergänzende Tagesstrukturen und Tagesfamilien sind systemrelevant. kibesuisse unterstützt deshalb diese Motion.

Die grosse Mehrheit der Betreuungspersonen sind Frauen. Auf Platz 3 unter den Top 10 der von jungen Frauen ergriffenen Lehrberufen rangiert die Fachfrau Betreuung Fachrichtung Kinder (vgl. [Nahtstellenbarometer 2024](#)). Gleichwohl warnt kibesuisse, den Begriff «Frauenbranche» oder

---



«Männerbranche» zu verwenden. Beide kommen einer Stigmatisierung gleich, denn so verfestigen sich die Stereotype. Dies kann dann Männer davon abschrecken, in eine sogenannte Frauenbranche einzusteigen beziehungsweise Frauen, in eine Männerbranche einzusteigen. Der Begriff wird so zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung.

Das Problem ist vielmehr, dass es sich bei der Betreuung um Care-Arbeit handelt, die traditionell von Frauen zu geringem oder keinem Lohn ausgeführt wird. Das gilt es zu ändern, weil die familienergänzende Bildung und Betreuung eine wichtige und auch erfüllende Arbeit darstellt, die aber mit einer entsprechenden Verantwortung einhergeht. Es hat also tatsächlich ein Systemwechsel stattgefunden, aber diese Erkenntnis hat sich immer noch nicht überall in den Köpfen durchgesetzt. Diese Verantwortung sollte sich zum einen in der Anerkennung, zum anderen auch in gerechten Lohn- und Anstellungsbedingungen widerspiegeln.

Denn allein mit höheren Löhnen ist es nicht getan. Aktuell sind es «schwierige» Arbeitsbedingungen wie lange Arbeitszeiten, Belastung mit hohem und permanentem Lärmpegel etc., die den Betreuungspersonen zu schaffen machen. All dies trägt dazu bei, dass die Austrittsquote von Mitarbeitenden in der familienergänzenden Bildung und Betreuung mit 30 Prozent dreimal höher als üblich liegt (vgl. [kibesuisse-Umfrage](#)). Die Wertschätzung der Politik für die systemrelevante familienergänzende Bildungs- und Betreuungsbranche muss deshalb nicht länger mit Worten, sondern endlich auch mit dem Portemonnaie erfolgen. Allein so ist es möglich, ausreichende, gut ausgebildete und qualifizierte Fachkräfte für die Branche zu gewinnen und diese auch in der Branche zu behalten.

→ **kibesuisse empfiehlt, die Motion anzunehmen.**

---

## Ständerat

Mittwoch, 18. September

24.043

Geschäft Bundesrat



### Bevölkerungs- und Zivildienstgesetz. Änderung

Der Bundesrat will den Personalbestand des Zivildienstes verbessern und hat dazu verschiedene Änderungen im Bevölkerungs- und Zivildienstgesetz (BZG), im Zivildienstgesetz (ZDG) und im Militärgesetz zuhanden des Parlaments verabschiedet. Die Massnahmen umfassen eine Ausweitung der Schutzdienstpflicht auf bestimmte Militärdienstpflichtige und ehemalige Armeeangehörige. Zudem können Zivildienstpflichtige (Zivis) verpflichtet werden, einen Teil ihrer Zivildienstpflicht im Zivildienst eines Kantons mit einem Unterbestand zu leisten.

kibesuisse spricht sich klar und deutlich gegen diese Massnahme aus. Dies ergibt sich vor allen Dingen aus dem wichtigen Stellenwert der Zivis für die familienergänzende Bildung und Betreuung. Gemäss ZDG kommen Zivildienstpflichtige dort zum Einsatz, wo Ressourcen für die Erfüllung wichtiger Aufgaben der Gemeinschaft fehlen oder nicht ausreichen (vgl. Art. 2 Abs. 1 ZDG). Dies ist unter anderem im Sozial-, Gesundheits- und Schulwesen der Fall, also in Spitälern, Kindertagesstätten, Schulen, schulergänzenden Tagesstrukturen, Pflegeheimen oder anderen sozialen Institutionen – alles Tätigkeitsbereiche, in denen der Fachkräftemangel bereits heute ausgeprägt ist und in Zukunft noch zunehmen wird.

Gleichzeitig machen diese Bereiche gemäss den Kennzahlen des Bundesamts für Zivildienst (ZIVI) mit 82,2 Prozent den Löwenanteil der geleisteten Dienstage im Jahr 2023 aus. Die Zivis haben im vergangenen Jahr rund 115'000 Dienstage im Bereich «Kinder» geleistet. Dazu zählen Einsätze in Heimen, Schulen und heilpädagogischen Einrichtungen, aber auch in Kindertagesstätten und schulergänzenden Tagesstrukturen. Die familienergänzende Bildung und Betreuung steht zudem an zweiter Stelle bei der Anzahl Kursen im Zivildienst (vgl. [Statistiken 2023 ZIVI](#)).

Damit ist klar: Der Bedarf an Zivis in den Organisationen der familienergänzenden Bildung und Betreuung ist unbestritten. Der Einsatz von Zivis trägt dazu bei, die negativen Folgen des Personalmangels in der

---



Branche abzumildern. Ohne sie würden sich die Organisationen in einer noch kritischeren und angespannteren Lage befinden.

Mit den geplanten Gesetzesänderungen werden der Zivildienst und der Zivilschutz gegeneinander ausgespielt und vermischt. Zum einen müssen die eigentlich Zivildienstpflichtigen ihre Einsätze in einer Zivilschutzorganisation (ZSO) erfüllen. Man wird den Verdacht nicht los, dass damit eine dauerhafte Umteilung von Zivis zum Zivilschutz durch die Hintertür erfolgt. Zum anderen kann der Schuss auch nach hinten losgehen, wenn der Zivilschutz seine Bestände auf Kosten des funktionierenden Zivildiensts aufstockt. Wenn die Zivis für ZSO-Einsätze abgezogen werden, dann fehlen sie in den Betrieben des Zivildiensts wie beispielsweise Kitas.

Aus all diesen Gründen spricht sich kibesuisse klar gegen diese Vorlage aus. Stattdessen schlägt der Verband vor, vertieft die Frage zu analysieren, ob es wirklich den hohen Soll-Bestand von 72'000 Zivilschutzpflichtigen braucht. Daneben soll auch geprüft werden, welche Leistungen des Zivilschutzes allenfalls aufgegeben oder an andere Stellen übertragen werden können.

→ kibesuisse empfiehlt, dem Antrag der Minderheit der SiK-S zu folgen und nicht auf die Vorlage einzutreten. Sollte der Ständerat dennoch auf die Vorlage eintreten, dann empfiehlt der Verband, den Minderheitsanträgen zuzustimmen.

---

### Maximiliano Wepfer

Verband Kinderbetreuung Schweiz (kibesuisse)  
Verantwortlicher politische Kommunikation  
E-Mail: [maximiliano.wepfer@kibesuisse.ch](mailto:maximiliano.wepfer@kibesuisse.ch)  
Tel. 043 321 32 53



kibesuisse, Verband Kinderbetreuung Schweiz, ist der gesamtschweizerische Fach- und Branchenverband für familienergänzende Bildung und Betreuung von Kindern in Tagesfamilien, schulergänzenden Tagesstrukturen/Tagesschulen und Kindertagesstätten. Kibesuisse fördert den qualitativen und quantitativen Ausbau von bezahlbaren und professionellen Angeboten, engagiert sich für gute Rahmenbedingungen in der Branche und setzt sich für die Interessen seiner Mitglieder ein. Bei all seinen Tätigkeiten stellt der Verband das Wohl der Kinder ins Zentrum.

